

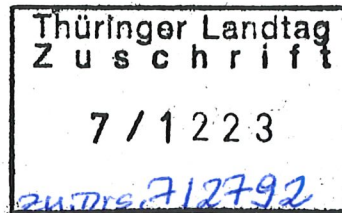
THÜR. LANDTAG POST
21.05.2021 12:49

12869/2021



Landespolizeiinspektion Erfurt
Christian-Kittel-Straße 12 · 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Der Leiter

leiter.lpi.erfurt
@polizei.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte; Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792;
hier: Stellungnahme der Landespolizeiinspektion Erfurt

Erfurt
21. Mai 2021

Den Mitgliedern des

Sehr geehrte Damen und Herren,

..... *JnnKA*

die Landespolizeiinspektion Erfurt unterstützt das Votum im vorläufigen Abschlussbericht "Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei II" der Landespolizeiinspektion (LPI) Gotha.

Zu Frage 2.: Halten Sie das Einsatzmittel der Bodycam für den Bereich der Polizei für geeignet, erforderlich und angemessen? Wenn ja, zu welchem Zweck? Wenn nein, warum nicht?

Angesichts der Zielrichtungen, Gefahren für persönliche Rechtsgüter abzuwehren (u.a. die Gesundheit von Polizeibeamten) oder Straftaten beweissicher zu ermitteln, ist die Bodycam ein geeignetes Einsatzmittel, weil sie zwecktauglich Schadenseintritte reduziert bzw. im Nachgang von Ereignissen als Beweissichernder Baustein bei Straftaten verwendet werden kann. Angesichts nur kurzzeitiger Eingriffe in die Privatsphäre und in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist das Einsatzmittel verhältnismäßig.

Landespolizeiinspektion Erfurt
Christian-Kittel-Straße 12
99096 Erfurt
Telefon 0361 7443-0
Telefax 0361 7443-1599

www.polizei.thueringen.de

Datenschutzinformation
Informationen zur Verarbeitung Ihrer Daten finden Sie unter dem Link:
www.polizei.thueringen.de/landespolizeiinspektionen/lpi/erfurt/datenschutz

Innerhalb der Thüringer Polizei ist die Bodycam von den Trägern mehrheitlich anerkannt und als Einsatzmittel gewünscht. Gleichwohl verweisen die Nutzer auf eine bessere Akzeptanz durch Ausschöpfung der technischen und rechtlichen Anwendungsmöglichkeiten. Die Bevölkerung zeigte ebenfalls eine positive Einstellung zur Bodycam.

Aufgrund der objektiven Darstellung der Ereignisse kann dies eine Grundlage für eine weitere Stärkung der Vertrauensbasis zwischen Polizei und Bevölkerung sein.

Im Rahmen des Projektverlaufs in der LPI Erfurt konnte weder eine Beschwerde gegen einen Kameraträger, noch ein Antrag auf Einsichtnahme der gefertigten Videoaufzeichnungen registriert werden. Dies ist ein deutliches Indiz für die hohe Akzeptanz des Einsatzmittels bei allen Beteiligten und Betroffenen. Nach Aussage der Projektleitung in der LPI Gotha erfolgte auch die Kontrolle des TLfDI ohne jegliche Beanstandung.

Im digitalen Zeitalter wird eine große Zahl polizeilicher Einschreitsituationen durch das polizeiliche Gegenüber per Smartphone videographiert und dokumentiert. Bisweilen werden im Anschluss diese Aufnahmen bzw. Aufnahmesequenzen ins Internet gestellt, oftmals mit der Intention, die vor Ort handelnden Polizeibeamten zu diskreditieren. Die Zurverfügungstellung der Bodycam würde eine „**informationelle Waffengleichheit**“ für Polizei und Bürger herstellen und der Polizei erlauben, eine eigene, realitätsnahe Deutung der abgebildeten Situationen zu gewährleisten.

Kritiker zitieren reflexartig den Begriff der Polizeigewalt, wenn öffentlichkeitswirksam Sachverhalte bekannt werden, in welchen Polizeibeamte bei Ausübung des Gewaltmonopols überhart oder unverhältnismäßig eingegriffen haben.

Es ist zu konstatieren, dass auch in polizeilichen Organisationen rechtswidrige Handlungen stattfinden können. Der Polizei stehen Eingriffsrechte und somit Machtbefugnisse zu, denen der Rechtsstaat Schranken gesetzt hat. Kommt es im Einzelfall zum Missbrauch der zugestandenen Rechte, kann über die Bodycams im Nachgang strafbares Verhalten der Polizeibeamten ausgewertet werden.

Zu Frage 4.: Gibt es nach Ihrer Auffassung wissenschaftliche Untersuchungen, die die Präventionswirkung der Bodycam in Bezug auf Gewalt gegen Polizisten be- oder widerlegen?

Sehr aussagekräftig ist der Abschlussbericht eines Projektteams der FHSöV NRW, welches Polizeibeamte in sechs Pilotwachen der Polizei NRW im Zeitraum von Mai 2017 bis Januar 2018 wissenschaftlich begleitete, die mit Bodycams im Streifendienst eingesetzt waren.

In dieser intensiven Studie belegen die Befunde der Videoanalyse, der quantitativen und qualitativen Befragungen das deeskalative Wirkpotenzial von Bodycams in polizeilichen Einsatzsituationen.

Entgegen der Erwartung liegt allerdings der Anteil der registrierten geschädigten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den Schichten mit Bodycam über dem Anteil in den Schichten ohne Bodycam. Zur Erklärung der erwartungswidrigen Befunde beschreibt die Studie, dass das Mitführen und der Einsatz von Bodycams nicht nur die Adressatinnen und Adressaten, sondern auch die polizeilichen Einsatzkräfte in ihrem Verhalten beeinflussen.

Zusammenfassend wird in der Studie festgehalten, dass sich das deeskalative Potenzial der Bodycam nicht entfalten kann, wenn Polizeibeamte aus Sorge um eine spätere negative Bewertung ihres Verhaltens diese nicht einsetzen, oder Bodycams sogar zu einer Eskalation der Situation beitragen, weil die Einsatzkräfte wegen der Dokumentation durch die Kamera auf eine angemessene Einsatzkommunikation verzichten und stattdessen in ein Amtsdeutsch mit dem polizeilichen Gegenüber kommunizieren, was der Situation nicht angemessen ist. Wenn schon Befürchtungen bestehen, dass eine adressatenadäquate Kommunikation durch die Bodycam dokumentiert wird, so werden diese in noch stärkerem Maß für die Anwendung unmittelbaren Zwangs bestehen. Im Ergebnis kann dies bedeuten, dass einschreitende Polizeibeamte bei Vorhandensein von Bodycams in ihrem Einschreiten mehr als sonst auf die Einhaltung aller rechtlichen Grundlagen und Formvorschriften achten, um im Nachgang der negativen Bewertung ihres Handelns aus dem Weg zu gehen. Dass möglicherweise durch ein polizeiliches Handeln, wie Gesetz und Lehrbücher dies vorsehen, vermehrt Angriffe auf Polizeibeamte stattfinden, muss dann an andere Stelle untersucht werden.

*Zu Frage 5.: Wie bewerten Sie das im Gesetz vorgesehene „Pre-Recording“, also die dauerhafte Aufzeichnung und *Überschreibung (Vorabaufnahme) sowie das Aufzeichnen von Aufnahmen in Privatwohnungen und die Eingriffsschwelle der Kamera zum Schutz von „Gefahren für Eigentum“?*

Die rechtliche Grundlage zum Einsatz der Bodycam sollte erweitert und den polizeilichen und juristischen Erfordernissen angepasst werden. Gegenwärtig ist Thüringen das einzige Bundesland, welches Aufnahmen ohne Tonaufzeichnung und eines der wenigen Länder, welches ohne Pre-Recording-Funktion arbeitet.

Der Einsatz von Bodycams sollte spezialgesetzlich geregelt werden. Neben dem Bodycam-Einsatz im öffentlichen Raum muss ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der unter bestimmten Voraussetzungen das Filmen mit Bodycams bei Großveranstaltungen mit erheblichem Gefahrenpotential (z.B. Fußball-Risikospiele) oder das Filmen in Innenräumen wie Wohnungen, Geschäften und Diskotheken erlaubt.

Die Zuschaltung des Pre-Recordings mit mindestens 20 Sekunden Vorlaufzeit und der Tonaufzeichnungen sollte aus oben benannter Argumentation (Informationeller Waffengleichheit, Sicherstellung der Dokumentation möglicher Straftaten sowohl der Bürger wie auch der Polizeibeamten) ermöglicht werden. Die Speicherfrist sollte auf 30 Tage verlängert werden.

Leitender Polizeidirektor